

BLITZBRIEFING

22. August 2023

1) Schulstart

a) Sachverhalt

Auch im neuen Schuljahr in Niedersachsen zeichnet sich ein deutlicher Lehrkräftemangel ab. Von den 1753 ausgeschriebenen Lehrerstellen sind bislang nur etwas mehr als 1400 besetzt. Angesichts des anhaltenden Lehrermangels zum Schuljahresbeginn ist es besorgniserregend, dass die Kultusministerin seit Amtsübernahme keine Maßnahmen ergriffen hat, um dieser schwerwiegenden Herausforderung zu begegnen.

b) Unsere Position

Die CDU hat bereits vor einigen Monaten eine umfassende Liste von Vorschlägen präsentiert, die helfen könnten, den Lehrermangel anzugehen und die Qualität der Bildung zu gewährleisten. Diese schließen unter anderem die Aufstockung des Schulbudgets pro hinzugewonnener Arbeitsstunde ein, um Teilzeitkräfte zur Stunden-Erhöhung zu motivieren und Schulen mehr Freiräume zu ermöglichen, sowie eine Erhöhung der Mehrarbeitsvergütung um 15 Prozent, um Lehrkräfte zur zusätzlichen Unterrichtsübernahme anzuregen. Weitere Lösungsansätze der CDU umfassen eine Flexibilisierung und Steigerung der Attraktivität der Rahmenbedingungen der Arbeitszeitkonten, den Einsatz von Lehrkräften aus Betreuungsangeboten des Ganztages im Kernunterricht und die vermehrte Einbindung von pädagogischen Mitarbeitern. Außerdem braucht es ein berufsbegleitendes Quereinsteiger-Studium und eine schnellere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

c) Sprachregelung

Die CDU-Fraktion fordert bessere Optionen für Lehrkräfte, die freiwillig länger oder mehr arbeiten oder nach der Pensionierung zurückkehren möchten. Ebenfalls benötigen Schulen mehr Freiheiten bei der Einstellung von zusätzlichem Personal. Angesichts unserer vielfältigen Vorschläge bleibt zu hoffen, dass Kultusministerin Hamburg die Dringlichkeit des Lehrermangels erkennt und entsprechende Maßnahmen ergreift.

22. August 2023

2) Freiwilligen Dienst

a) Sachverhalt

Der Bund will seinen Etat für den Bundesfreiwilligendienst im kommenden Jahr von 207 Mio. auf 154 Mio. € und für den Jugendfreiwilligendienst von 121 Mio. auf 96 Mio. € kürzen. Öffentlich fordert die Ampel-Koalition die Ausweitung der Freiwilligendienste. Sie reagieren damit auf die Forderung des Bundespräsidenten nach einem verpflichtenden sozialen Dienst. Tatsächlich reduzieren sie das Angebot bei der Alten- und Krankenpflege, in anderen sozialen Diensten aber auch in den Bereichen Sport, Kultur und Naturschutz.

b) Unsere Position

Die von der Ampel-Koalition geplanten Kürzungen der Fördermittel im Freiwilligen Dienst sind ein falsches Signal, gerade für junge Menschen, die sich engagieren wollen. Es bedarf gerade in dieser herausfordernden Zeit mehr statt weniger gesellschaftliches Engagement. Dafür bieten die Freiwilligendienste eine exzellente Plattform und eine praxisnahe Berufsorientierung. Zudem generieren die Träger oftmals ihren Nachwuchs aus diesen Maßnahmen. Die finanzielle Absicherung des persönlichen Einsatzes für unsere Gesellschaft ermöglicht die Teilhabe unabhängig von der Herkunft und dem sozialen Umfeld. Die Freiwilligendienste haben sich zu einem wichtigen Baustein für die Demokratiebildung entwickelt. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der Förderung ein und sind offen für eine Diskussion über einen gesellschaftlichen Dienst für alle.

c) Sprachregelung

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung dazu auf sich beim Bund aktiv für die Beibehaltung der Fördermittel im Freiwilligendienst einzusetzen. Rettungsdienste, Pflege- und Sozialeinrichtungen sowie Sportvereine, kulturelle Institutionen und Naturschutzverbände sind auf dieses Engagement angewiesen. Die Bundesregierung muss von der Mittelkürzung wieder Abstand nehmen und zusätzliche Einsatzstellen ermöglichen.